

# „Grundzüge: Sachorientiert und ideologiefrei“

## Wahlkampfauftakt des Bürgerbundes und der Freien Wähler

**Bruchköbel (pm/tse).** Joachim Rechholz, der Vorsitzende des Bruchköbeler Bürgerbundes (BBB) begrüßte die Gäste im Bürgerhaus, insbesondere den Hauptredner des Abends, den Bundesvorsitzenden der Freien Wähler, Hubert Aiwanger, sowie den Vorsitzenden und den Fraktionsvorsitzenden der Freien Wähler Main-Kinzig, Heinz Breitenbach und Jürgen Heim.

Nach einem musikalischen Auftakt mit der Sängerin Esther Lorenz ging Joachim Rechholz auf die Erfolge des BBB in der Stadtverordnetenversammlung ein. Besonders stellte er die Verhinderung der geplanten Biogasfabrik im Stadtteil Roßdorf heraus. Als aktuelles Beispiel benannte er die Einführung der „Kinderhilfeinseln“ in dieser Woche. Hierbei handele es sich um eine Initiative des BBB.

Anschließend verdeutlichte Joachim Rechholz die wichtigsten Ziele des BBB für die kommende Wahlperiode. Unter dem Motto „Wir machen uns stark für Ihre Anliegen“ werde der BBB sein Augenmerk unter anderem auf die Errichtung eines neuen Hallenbades richten.

Anschließend stellte Hubert Aiwanger die wesentlichen Grundzüge der Politik der Freien Wähler dar. „Unsere Politik ist sachorientiert und ideologiefrei“, brachte er ihre Stärken auf den Punkt. Die Freien Wähler ließen sich vom gesunden Menschenverstand leiten und nicht von Ideologien. Der bayerische Politiker hielt ein leidenschaftliches Plädoyer für den Erhalt

überschaubarer, gewachsener Strukturen von der Bildung bis hin zum Gesundheitssystem. Sie seien die Grundlage für unser gesellschaftliches und soziales Zusammenleben.

Hubert Aiwanger unternahm einen Streifzug durch ganz unterschiedliche Felder der Politik. In allen Bereichen zeichne sich die Politik der Freien Wähler durch ihre sachliche Orientierung aus. Dabei müssten auch Fakten berücksichtigt werden, die nicht mit dem Taschenrechner zu kalkulieren seien: „Die Bildungspolitik entscheidet unsere Zukunft. Ich plädiere für

ein Bildungssystem, das alle miteinnimmt.“ Aiwanger sah außerdem Korrekturbedarf in der Energiepolitik und wandte sich gegen zunehmende Privatisierungstendenzen. Zu wenige Konzerne

teilten sich den Markt auf. „Die Kommunen müssen in der Energiepolitik in der Lage sein, die Spielregeln selbst zu definieren. Wir sprechen uns für eine Reprivatisierung der Energieversorgung auf kommunaler Ebene aus.“

Auf kommunaler Ebene seien die Freien Wähler inzwischen stark vertreten, „Unsere Unabhängigkeit und Sachorientiertheit sind unser größtes Plus für die Zukunft“, argumentierte der bayerische Politiker. Künftig seien die Freien Wähler auch auf Landesebene als Ideengeber für eine vernünftige und nachhaltige Politik gefordert. „Wir fassen in Worte, was den Bürger bewegt.“



**KOMMUNALWAHL**

27. März 2011